

Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848-1867. Abt. III: Das Ministerium Buol-Schauenstein. Bd. 7: 4. Mai 1858 - 12. Mai 1859. Bearbeitet von Stefan Malfèr.

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2015, LV + 408 S., ISBN 978-3-7001-7788-3.

45 Jahre nach dem Erscheinen ihres ersten Bandes wird diese wichtige Edition jetzt mit dem 26. abgeschlossen.¹ Neun dieser Bände hat in nun auch schon mehr als 34 Jahren mit gleichbleibender Sorgfalt und Umsicht Stefan Malfèr bearbeitet. Ihm und seinen sieben Kolleginnen und Kollegen und dem ersten „Redakteur“ Helmut Rumppler gebührt großer Dank. Rumpplers 1970 vorgelegter Einleitungsband enthält eine bis heute unübertroffene „behördengeschichtliche und aktenkundliche Analyse“, die jeder ernsthafte Arbeiter auf diesem Feld mit großem Gewinn benutzen wird. Zu danken ist den obersten Verantwortlichen dieses großen Unternehmens auch, dass es nicht als Mikrofiche- oder EDV-Ausgabe weitergeführt wurde, als erkennbar wurde, dass aus den anfangs geschätzten 15 Bänden fast doppelt so viele werden würden. Jeder, der sie gründlicher studiert, wird begrüßen, statt immer bloß einer Seite auf dem Bildschirm gleich mehrere Bände auf einmal „real“ neben sich haben und alles im engeren und weiteren Kontext studieren zu können. Die detaillierten und sorgfältig gearbeiteten Register ersetzen eine elektronische „Volltextsuche“ vollauf.

Der hier anzuzeigende Band ist zusammen mit seinem Vorgänger und seinem Nachfolger zu sehen.² Alle drei Bände zeigen, dass der 1848 blutjung auf den Thron gekommene, 1858/59 etwa dreißigjährige Kaiser Franz Joseph (1830-1916) kein schwacher Monarch gewesen ist. Seine Ressortminister und auch der „Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußeren“ Graf Carl Ferdinand Buol-Schauenstein, der als Präsident der Ministerkonferenz wirkte, nahmen eine relativ untergeordnete

¹ Vgl. dazu: Österreichische Osthefte 15 (1973), 18 (1976), 19 (1977), 21 (1979), 23 (1981), 26 (1984), 27 (1985), 29 (1987), 32 (1990) und 39 (1997) und Bohemia 47 (2006/07) H. 2, 49 (2009) H. 2, 51 (2011) H. 2 und 54 (2014) H. 1.

² Vgl. entsprechende Rezensionen in: Bohemia 54 (2014) H. 2, 471 f. und 47 (2006/07) H. 2, 483-485.

Stellung ein, anders als noch Fürst Felix Schwarzenberg, dem Buol 1852 nachfolgte. In den 66 hier dokumentierten Sitzungen vom 4. Mai 1858 bis zum 12. Mai 1859 wurden fast ausschließlich eher „technische Fragen“ besprochen. Auch diese sind heute für Historiker interessant: Wie stellte Österreich damals seine Währung um, als es mit dem übrigen Deutschland eine Konvention zu ihrer Vereinheitlichung abschloss? Fragen, die gemeinhin als zur „großen Politik“ gehörend gelten, standen nicht auf der Tagesordnung. Eine Ausnahme sind nur die in diesem Band erstmals vollständig gedruckten Protokolle der acht „Konferenzen“, die vom 1. Januar bis zum 30. April 1859 im Vorfeld des „Italienischen Krieges“ abgehalten wurden. In ihnen ist ein Teil des Entscheidungsprozesses dokumentiert, der schließlich zu diesem Krieg führte. Doch auch sie zeigen nach Form und Inhalt, dass die Entscheidungen anderswo fielen. Statt abzuwarten, ob und wann Napoleon III. und Sardinien-Piemont den oberitalienischen Teil seines Reiches angreifen würden, was seit der Jahreswende 1858/59 in der Luft lag, wollte Franz Joseph Viktor Emanuel zu einem Krieg provozieren, der mit einer Niederlage der Italiener enden und dadurch die Bereinigung dieses Problems bewirken sollte. Die Folgen sind bekannt. Buols Ablösung durch Rechberg war hingegen keine Konsequenz der österreichischen Niederlage. Sie erfolgte vielmehr schon am 17. Mai 1859, sechs Wochen vor der entscheidenden Schlacht bei Solferino (24. Juni) und zwei Monate vor dem „Laxenburger Manifest“ vom 15. Juli 1859, das „zeitige Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung“ ankündigte. Mit der Entlassung des Innenministers Alexander Bach und des „Chefs der Obersten Polizeibehörde“ Freiherr Johann Franz Kempen von Fichtenstamm begann dann eine neue Zeit.

Der Historiker weiß, „wie die Geschichte weitergegangen ist“ und dass die nächste Niederlage 1866 nicht den Untergang dieses Reiches bewirkte, sondern am Anfang eines weiteren halben Jahrhunderts jetzt österreich-ungarischer Großmachtpolitik stand. Er kann deshalb auch Malfè zustimmen, der daran erinnert, dass „die Niederlage die Wiederaufnahme des für jeden Staat essentiellen politischen Diskurses der maßgebenden Kräfte [ermöglichte], der in der Habsburgermonarchie seit 1849 zunehmend und seit 1852 vollständig unterdrückt worden war“, und die rhetorische Frage stellt, was „bedeutender“ gewesen sei: „der Verlust einer Provinz und der Vormachtstellung in Italien, oder die Umwandlung des absolutistisch und autokratisch regierten Staates in eine den Zeitverhältnissen längst viel besser entsprechende konstitutionelle Monarchie mit einem Parlament und mit Landtagen?“ (S. XLI). Auch die weniger spektakulären Probleme, die von den obersten Politikern und Beamten eines jeden Staates zu lösen sind, bestimmten den Gang der Geschichte mit.

War der „Neoabsolutismus“, der jetzt an sein Ende kam, unvermeidlich? Die Frage darf gestellt werden. Ganz gewiss war ein Parlament für das ganze Reich so lange unmöglich oder doch untunlich, solange seine magyrischen und italienischen Angehörigen einen eigenen Nationalstaat und die Unabhängigkeit von „Wien“ anstrebten und bereit waren, dafür auch Gewalt anzuwenden. Vielleicht hätte aber doch eine stärkere Regierung und ihre Zusammenfassung in einem Kabinett den Monarchen eher gestärkt als geschwächt, denn schwache Minister stützen den Monarchen nicht. Die Abstriche an einzelnen Zielen, die zur Bildung eines politi-

schen Gesamtwillens nötig sein können, werden politisch durch die Solidarität des Kabinetts mehr als aufgewogen, und der Herrscher gewinnt dabei mehr als mit jeder Politik des „divide et impera“. Er muss nicht, wie im System von Westminster, zum „rubber stamp“ (G.B.Shaw) eines plebiszitär zum Ersatzkaiser aufwachsenden Premierministers werden, sondern kann Arm in Arm mit einem Ministerpräsidenten in einem „Duumvirat“ der Stärkere sein. Denn er hat das letzte Wort und kann auch den Premier entlassen, der dagegen so machtlos ist wie selbst Bismarck 1890. Doch das sind Spekulationen.

Die den Leser der Bohemia besonders interessierenden Territorien waren in diesen Sitzungen niemals Gegenstand eingehender Diskussionen. Die wenigen Sätze, in denen sie überhaupt erwähnt wurden, sind über das Register (vor allem über die Einträge zu einzelnen Orten) leicht zu finden. Auf jeden Fall tut aber auch der nur an einem Teil dieses Reiches Interessierte gut daran, die großen Linien der Politik ebenfalls „im Hinterkopf“ zu haben. Die Einführung von Stefan Malfè wird ihm dabei eine große Hilfe sein. Herzlichen Glückwunsch also zum Abschluss dieses in mehr als nur einer Hinsicht „großen“ Unternehmens und alle guten Wünsche für die schon begonnene Fortsetzung für das halbe Jahrhundert der österreichisch-ungarischen Monarchie.